

Ein Kampf ums Recht.

Versicherungsanstalten ziehen ihren ganzen Gewinn aus dem Vertrauen der Öffentlichkeit. Sie sollten es deshalb durch ihr Tun und Lassen zu erwerben und zu erhalten bemüht sein.

Leider ist das nicht durchwegs der Fall, ja man kann sogar ohne Ungerechtigkeit sagen, daß sehr vielfach Anschauungen herrschen, die man mit dem Schlagwort des Amerikanismus bezeichnen muß. Ein Fall aus den jüngsten Tagen beweist das wieder, sollte aber Anlaß geben, daß sich die öffentliche Meinung mehr als bisher mit den Angelegenheiten der Versicherungsanstalten befaßt.

Die Riunione Adriatica ist, wie man weiß, eine der allerersten Versicherungsgeellschaften; vor dem Kriege halb österreichisch, halb italienisch hat diese vorgezogen, sich für Österreich zu entscheiden. Die Aktionäre haben dabei keinen Schaden erlitten; der ausgewiesene Gewinn beträgt noch immer von einem eingezahlten Aktienkapital von 10 Millionen fast 2 Millionen. Wie er aber in Wahrheit beschaffen ist, mögen die nachstehenden paar Ziffern ahnen lassen: Wer den Jahresbericht für das Kriegsjahr 1915 mit dem Ergebnisse des letzten Friedensjahres 1913 vergleicht, kann die Gewinne leicht aus ihren Vertiefen hervorheben. Ansammlung überladener Reserven und die Kursverluste am Wertpapierbesitz werden von der Riunione zum Verbergen ihrer Profite benützt. Wir finden da, daß trotz eines durch den Krieg stark verringerten Versicherungsfonds im Jahre 1915 um $3\frac{1}{2}$ Millionen Kronen mehr für schwebende Schäden zurückgelegt wurde als 1913, daß im Lebensversicherungs-zweige für ein versichertes Kapital von 560 Millionen im Jahre 1913 28 v. H., d. i. rund 158 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen in Reserve gestellt wurden, nun ging bis 1915 das versicherte Kapital auf 546 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen hinunter, die Reserve aber um 16 $\frac{1}{2}$ Millionen auf 175 Millionen Kronen, d. i. 32 v. H. hinauf. In Kursverlusten wurden zur Gänze aus dem Gewinn des Jahres 1915 K 3,052.000 abgeschrieben; dabei ist beachtenswert, zu verfolgen, wie dieser Kursverlust erzielt wurde. Die Riunione besitzt z. B. im Renntwerte von K 30,314.200 italienische Staatspapiere, öffentliche Schuldverschreibungen und Obligationen der italienischen Eisenbahnen; diese mindelsicheren Wertpapiere standen 1913 mit 22 $\frac{3}{4}$ Millionen Kronen zu Buch. Seit Kriegsausbruch werden sie in Österreich erklärlicherweise amtlich nicht notiert, so daß sie den Buchungskünsten der Riunione zur Verfügung stehen. Sie benützt auch gleich die Gelegenheit um 1 $\frac{1}{4}$ Millionen ihres Reingewinnes pro 1915 in Sicherheit zu bringen. Mit diesen Bilanzkunststücken ist es der Gesellschaft gelungen, das auszuweisende Erträgnis auf die Höhe des letzten Friedensjahres, K 1,900.000, hinabzudrücken.

Lauter Geld, das an den Versicherten gewonnen wurde, wie leicht begreiflich, wenn man erwägt, daß es die Versicherungsgeellschaften verstanden haben, vor einigen Jahren von der Regierung die Erlaubnis zu erwirken, den Zinsfuß für die Verzinsung der Prämienreserven auf $3\frac{1}{2}$ v. H. herunterzusetzen, während sie jetzt dank der Ungunst der Umstände, die ihnen sehr gut anschlägt, das Doppelte und mehr an Zinsen einnehmen. Man versichert durchaus glaubwürdig, daß sich auch die beiden Hauptleiter, die Herren Frigiesky Vater und Sohn dabei sehr gut stehen; in der Tat haben Direktoren gut gehender Versicherungsanstalten so vielfache Gelegenheiten, ihre Einkünfte zu steigern, daß sie zu den best-bezahlten Männern gehören.

Weniger gut bezahlt sind, wie allerdings bei den meisten Unternehmungen, die untergeordneten Beamten, aber nirgends ist der Abstand so groß wie bei den Versicherungsanstalten, nirgends auch das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Arbeitslast. Da die Teuerung sich auch auf die Unterbeamten der Riunione erstreckte, traten sie wie alle Kollegen an die Verwaltung mit der Bitte um Erhöhung der Zulagen heran; was soll man nun dazu sagen, mit welchen Worten es geißeln, wenn man erfährt, daß die Antwort auf dieses Ansuchen darin besteht, daß die Herren Hofrat und Dr. Frigiesky die bestehenden Teuerungszulagen um zwanzig v. H. heruntersetzten? Man kann nur das eine annehmen, daß sie außerstande sind zu ermaßen was sie tun; wenn es aber der Beamtenschaft nicht gelingen sollte, die Herren zur Besinnung zu bringen, und wenn die Regierung als Aufsichtsbehörde keine gezielte oder Verwaltungs-

handhabe finden sollte, die Beamtenchaft vor einem so unbesonnenen Schritte reinster Willkür zu schützen, so wird es Pflicht der Versicherten sein. Auch diese werden ein Interesse daran haben, ihr Geld, das in den meisten Fällen die Zukunft der Familie ist, einer Gesellschaft anzuvertrauen, die die erste Grundlage des Vertrauens zerstört: Sicherheit bietet nur eine Verwaltung, die über dienstfrohe, pflichteifrige Angestellte verfügt, und wie sollen das Angestellte sein, deren Eifer man dadurch so wirksam abkühlt, daß man ihnen in den Zeiten der täglich steigenden Preise die Teuerungszulage herabsetzt?

Wir schilderten oben kurz die offenen und versteckten Gewinne. Und trotz dieser günstigen Geschäftslage jene unerhörte Maßregel gegen die Beamtenchaft in einer Zeit, wo selbst der Staat daran geht, seinen Beamten die Teuerungszulagen neuerdings um 30 bis 50 v. H. zu erhöhen. Für die Beamtenchaft der Riunione sind seit diesem Schritt der Direktion, der ohne Anhörung ihrer Vertrauensmänner, ohne vorheriges Verhandeln durch einfachen Ukas erfolgte, die friedlichen Mittel erschöpft. Ihre gewerkschaftliche Organisation, der Verein der Versicherungs-Angestellten Österreichs, ist, wie wir hören, entschlossen, mit allen zweckdienlichen Mitteln, wenn es sein muß auch mit dem der Arbeitsverweigerung, lebensmögliche Gehälter zu erzwingen. Er wendet sich an die Öffentlichkeit mit der Bitte, um Unterstützung in dem Kampfe, der den Beamten der Riunione bevorsteht. Der gutgesinnte Teil der Öffentlichkeit wird ihr dabei sicherlich zur Seite stehen.